

BESCHLUSSVORLAGE STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Gremium:	28. Plenarsitzung des Gemeinderates
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	24.10.2006 828 4 öffentlich Dez. 2
Gender Mainstreaming		

Beratungsfolge	Sitzung am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Personalausschuss	10.10.2006	1	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	Zustimmung
Hauptausschuss	17.10.2006	4	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
Gemeinderat	24.10.2006	4	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat nimmt die nachfolgende Umsetzungsstrategie zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die ersten Schritte (Informations- und Fortbildungsoffensive bei den Mitarbeiter/-innen, Implementierung der Leitprojekte, Benennung der dezentralen GM-Ansprechpartner/-innen etc.) umzusetzen.

Nach Ablauf eines Jahres wird die Verwaltung eine Zwischenbilanz über die bisherigen Aktivitäten und den Stand der Leitprojekte ziehen und danach dem Gemeinderat bzw. den gemeinderätlichen Gremien ggf. ein fortgeschriebenes/weiterentwickeltes GM-Konzept vorlegen.

Finanzielle Mehrbelastungen werden in 2006 und 2007 in erster Linie durch Informations- und Fortbildungsveranstaltungen und Coaching entstehen.

Das Konzept wird den städtischen Gesellschaften empfehlend übermittelt.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
ca. 35.000 Euro in 2 Jahren	keine		derzeit noch unklar		
Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition: 10221563000 Ergänzende Erläuterungen: für die Informations- und Fortbildungsveranstaltungen sowie Gendercoaching					
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

1. Ausgangslage

In der 45. Plenarsitzung am 24.06.2003 (Vorlage Nr. 1211) befasste sich der Gemeinderat mit dem Antrag "Gender Mainstreaming in der kommunalen Politik". Die Verwaltung wurde seinerzeit mit der Erstellung eines Konzepts bis Herbst 2003 beauftragt. Die Umsetzung verzögerte sich durch das Schwerpunktprojekt Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg. Unabhängig davon war im Frühjahr 2004 absehbar, dass nach dem Entwurf des seinerzeit vorliegenden Verwaltungsstrukturreformgesetzes Kommunen zur Umsetzung von GM-Strukturen gesetzlich verpflichtet werden sollen; Details dazu waren noch nicht bekannt.

Im März 2005 wurde eine interdisziplinäre, gemischt-geschlechtlich besetzte Projektgruppe mit der Erarbeitung eines Konzeptvorschlags beauftragt. Das Konzept ist als Anlage beigefügt. Eine weitere Projektgruppe bestehend aus Teilnehmer/-innen des städtischen Qualifizierungsprogramms "Lust auf Perspektiven" übernahm die Erhebung und Analyse des Ist-Zustands und der Entwicklung von Vorschlägen für eine Umsetzung. Die Ergebnisse flossen in das Konzept ein.

2. Erste Aktivitäten zur Einbindung der Dienststellen und Mitarbeiter/-innen

- Der Oberbürgermeister informierte im Rathausbrief vom 11.05.2005 über das geplante strategische Gender Mainstreaming Konzept. Zur nachhaltigen Förderung des Gesamtprojekts wurde Herrn Ersten Bürgermeister König die Promotorenfunktion übertragen, der für die Ausbreitung auf die Ämterebene entsprechende Schritte veranlassen wird (Top-Down-Strategie).
- In einer Fragebogenaktion wurde bei allen Dienststellen erhoben, ob und ggf. welche Genderansätze bereits vorhanden sind und ob sich die Dienststellen die Einführung von Gender Mainstreaming in ihrem Aufgabenbereich vorstellen können. Nahezu alle Dienststellen nahmen an der Umfrage teil und signalisierten Bereitschaft.
- Laufende Information der Mitarbeiter/-innen über den Verfahrensstand im Rathausinformationsnetz.
- Am 27.11.2006 findet im Rahmen der Tagung für Frauen und Männer bei der Stadt Karlsruhe die Auftaktveranstaltung statt, die unter dem Motto steht: "Es gibt nichts Gutes - außer Frau/Mann tut es! Gender in der Praxis".

3. Paradigmenwechsel „GM geht alle an!“

Die Verwirklichung von Chancengleichheit ist für die Verwaltung keine neue Aufgabe. Neu an GM ist der Anspruch einer systematischen flächendeckenden Ausbreitungsstrategie, ausgehend von der Verwaltungsführung. Damit ist eine Weiterentwicklung vorhandener Strukturen und Inhalte in der Form verbunden, dass

- der Gemeinderat und die Verwaltungsführung GM positiv zum Leitprinzip erklären, um das Ziel Geschlechtergerechtigkeit noch effektiver verwirklichen zu können,
- in allen vier Zieldimensionen der Aufgabenwahrnehmung (Bürger/-innenzufriedenheit, Erfüllung des Leistungsauftrags, Mitarbeiter/-innenzufriedenheit, Wirtschaftlichkeit) gleichstellungspolitische Ziele systematisch berücksichtigt werden,
- motiviert und inspiriert durch die Verwaltungsspitze und die jeweiligen Vorgesetzten alle Beschäftigten in der Lage sein sollen, in ihrem Arbeitsalltag Auswirkungen von Maßnahmen auf Frauen und Männer und das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit beurteilen zu können.

Dementsprechend verfolgt Gender Mainstreaming in Ergänzung zur Frauenförderung einen proaktiven Ansatz, d. h. es geht dabei nicht um einen Nachteilsausgleich, sondern um die rechtzeitige Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern bei allen Planungen, Entscheidungen und Maßnahmen der Kommunalverwaltung im Hinblick auf das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit.

4. Umsetzungsstrategie

- Gender Mainstreaming kann nur wirkungsvoll umgesetzt werden, wenn sich alle Akteur/-innen in ihrem Kompetenzbereich verantwortlich zeigen. Neben der zentralen Steuerung erfolgt eine dezentrale Verankerung der Umsetzungsverantwortung.
- Informations- und Fortbildungsoffensive zur breiten Vermittlung von Genderwissen und -kompetenz.
- Stufenweise Ausbreitungsstrategie über lohnende Einsatzfelder. Begonnen werden soll mit den folgenden Leitprojekten:
 - a) Überarbeitung der städtischen Förderrichtlinien unter besonderer Berücksichtigung von Gender Mainstreaming. Dieses Handlungsfeld hat in der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben eine herausgehobene Bedeutung. Als gleichstellungspolitisches Ziel steht hier die Sicherstellung einer zielgruppenorientierten und geschlechtergerechteren Zuweisung städtischer Fördergelder im Blickpunkt.
 - b) Einführung von Gender Mainstreaming in der Spielplatzplanung. Dieses Pilotprojekt verfolgt das gleichstellungspolitische Ziel, geschlechtergerechte Spielmöglichkeiten für Jungen und Mädchen auf Spielplätzen sicher zu stellen, die zielgruppenorientiert am Bedarf in den jeweiligen Wohngebieten ausgerichtet sind. Darauf sollte die Gestaltung der öffentlichen Spielflächen und Spielplätze in einem Quartier unter dem Gesichtspunkt einer gleichermaßen gegebenen Attraktivität für beide Geschlechter abgestimmt werden.
 - c) Die Dienststellen, Verwaltungsführung und der Gemeinderat werden gebeten, darüber hinaus weitere Genderprojekte anzuregen und/oder zu initiieren. Diese weiteren Vorschläge werden gesammelt, von der Genderkoordinierungsgruppe (bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern des Dezernats 2, Frauenbüros, Gesamtpersonalrats und Personal- und Organisationsamts) gewichtet und im Sommer 2007 dem zuständigen Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt.
- Zur Feststellung und Bewertung von Handlungsbedarfen ermitteln die Dienststellen die notwendigen geschlechterdifferenzierten Daten.
- In die produktorientierten Controllingberichte der Dienststellen sollen die Berichte zu GM (nach den Phasen der Ausbreitungsstrategie, d. h. zunächst Berichte zu den Leitprojekten) einfließen. Die Stadtkämmerei wird dies bei den Schulungsinhalten zum neuen Haushaltsrecht berücksichtigen.
- Durch ein jeweils auf die Projekte angepasstes Gender-Coaching erfahren die Dienststellen bei den oben beschriebenen Schritten Unterstützung.
- Nach derzeitigem Stand ist eine ergänzende Förderung von Gender-Projekten in Kommunen bzw. in Kooperation mit externen Trägern sowohl über Landesmittel als auch über ESF-Mittel in Einzelfällen möglich. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, vor dem Start der jeweiligen Gender-Leitprojekte die dazu notwendigen Fördervoraussetzungen zu prüfen.

5. Phasen und erste Schritte der Umsetzung

- **Kick-off** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung am 27.11.2006
- **Sensibilisierungsphase** (Vermittlung von Genderwissen) durch eine abgestimmte Fortbildungsoffensive für alle Mitarbeiter/-innen, insbesondere für Führungskräfte, GM-AnsprechpartnerInnen. Beginn: Januar 2007
- **Implementierungsphase** durch Veränderung der Zuständigkeitskataloge auf leitender und sachbearbeitender Ebene und Benennung von dezentralen GM-Ansprechpartner/-innen. Beginn: Januar 2007
- **Projektimplementierungsphase** durch Umsetzung der oben genannten Leitprojekte. Beginn: Januar 2007
Prüfung von Genderrelevanz bei Gemeinderatsvorlagen. Vorgesehener Beginn in 2008 nach Vorliegen erster Erfahrungswerte aus den Pilotprojekten.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Personalausschuss und im Hauptausschuss zustimmend Kenntnis.

Hauptamt - Sitzungsdienste -
13. Oktober 2006